

Energiewende im Landkreis

"Keiner will diesen Forst opfern"

17. April 2024, 15:56 Uhr

Das Steuerungskonzept Windenergie, das der Regionale Planungsverband für seine Mitglieder entworfen hat, sorgt für Ärger im Landkreis Ebersberg. Während Kritiker befürchten, der Wald könnte nun mit Anlagen zugestraft werden, rätseln die Lokalpolitiker über eine ominöse Abstandsangabe.

Von Andreas Junkmann, Ebersberg

Eigentlich ist es die Hauptaufgabe des Regionalen Planungsverbandes (RPV), die räumliche Entwicklung des Münchner Umlands fachübergreifend zu koordinieren - und nicht, Emotionen zu schüren. Für eben solche hat der kürzlich präsentierte Vorabentwurf des Steuerungskonzeptes Windkraft zumindest im Landkreis Ebersberg jedoch gesorgt. Darin haben die Experten quasi den kompletten Forst als Vorranggebiet für den Bau von Windrädern ausgewiesen, mehr als 50 Anlagen sind dem RPV-Gutachten zufolge dort möglich. Bei den Kritikern, denen schon die geplanten fünf Windräder dort zu viel sind, schrillen deshalb alle Alarmglocken. Doch auch bei den Lokalpolitikern wirft das vorgelegte Konzept mehr Fragen auf als es beantwortet.

Eine klare Antwort darauf, was er von den Ideen des Planungsverbandes hält, hat hingegen der ehemalige Markt Schwabener Bürgermeister und Initiator des "Bündnis für den Wald", Bernhard Winter: "Fünf Windkraftanlagen verletzen das Herz unseres Landkreises. 50 werden es töten", sagte er in der Bürgerfragestunde vor der Sitzung des Kreis-Umweltausschusses am Dienstag, in der der Entwurf des RPV-Gutachtens vorgestellt wurde. Auf den Bau von fünf Windrädern im gemeindefreien Gebiet des Ebersberger Forstes hatte sich der Kreistag geeinigt und sich durch einen Bürgerentscheid im Jahr 2021 die notwendige Rückendeckung der Bevölkerung geholt. Dennoch kommt das Thema seither nicht zur Ruhe.

Bereits die fünf angestrebten Windräder würden dem Ebersberger Wald enormen Schaden zufügen, ist Bernhard Winter überzeugt. "Jetzt hören und lesen wir, dass übergeordnete Bürokratie sich damit nicht zufriedengeben will: Nicht mehr bis zu fünf, nein 50 Windkraftmonster sollen es werden", sagte er mit Blick auf das RPV-Gutachten. Auch Catrin Dietl vom Landschaftsschutz Ebers-

berger Land befürchtet, dass die vom Landkreis geplanten Anlagen erst der Anfang sein könnten. "Stehen erst mal fünf Windräder im Wald, werden Sie die Geister, die Sie gerufen haben, nicht mehr bändigen können", sagte sie in Richtung der Kreisräte. Sie forderte deshalb, den Ebersberger Forst komplett als Tabuzone für Windkraft zu erklären. Das will Arian Kunze von der Grünen Jugend in Ebersberg zwar nicht, aber auch er äußerte sich besorgt über das Steuerungskonzept - zumal dieses außerhalb des Forstes keinerlei weitere Vorrangflächen ausweist. Das müsse dringend korrigiert werden, ist Kunze überzeugt, "sonst sehe ich schon auch die Gefahr, dass der Wald zu stark belastet wird".

Der Landrat versucht die Debatte zu beruhigen und warnt vor "Horrorzahlen"

Wegen der vielen Wortmeldungen war Landrat Robert Niedergesäß (CSU) sichtlich bemüht, die Emotionen aus der Debatte zu nehmen. "Unser Ziel ist es, Naturschutz mit Klimaschutz zu kombinieren", sagte der Chef der Ebersberger Kreisbehörde - um an die Adresse von Bernhard Winter und Catrin Dietl hinterherzuschieben: "Keiner will diesen Forst opfern." Auch deshalb habe er mehrfach beim RPV darauf hingewiesen, dass der Landkreis einen Vertrag mit den Bayerischen Staatsforsten als Grundstückseigentümer habe, der die Anzahl der Windräder auf fünf Stück begrenze. Zudem seien darin inzwischen weitere Kriterien eingearbeitet worden, etwa die Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten oder Wildruhezonen. Der Planungsverband weise also ein Vorranggebiet aus, das so nicht nutzbar ist, stellte Niedergesäß klar. "Ich würde deshalb davor warnen, irgendwelche Horrorzahlen in die Welt zu setzen, die nicht realistisch sind", sagte er über die im Raum stehenden 50 Windräder.

Ohnehin wollte der Landrat den Blick eher über den Waldrand hinaus richten, auf die Ebersberger Kommunen, wo sich in Sachen Windkraft bereits einiges getan habe. "Dort haben die Gemeinden die Planungshoheit und davor habe ich großen Respekt", so Niedergesäß. Wie groß allerdings der Respekt des RPV für die Windkraftpläne in den einzelnen Orten ist, darf wegen eines kleinen Passus in dem Vorabentwurf durchaus hinterfragt werden - oder wie es SPD-Kreisrätin Bianka Poschenrieder formulierte: "Bei den Plänen gruselt's einen."

Ein Passus im Entwurf könnte die gesamte Planung der Gemeinden zunichtemachen

Das Steuerungskonzept nämlich unterteilt die Planungsregion in einen südlichen und nördlichen Teil. Während im nördlichen Teil eine Mehrzahl an kleinen Flächen zu Clustern zusammengefasst werden sollen, sieht der Vorentwurf im Süden vor, sogenannte Großstrukturen mit Abständen untereinander von mindestens 15 Kilometern auszuweisen - so auch zwischen den Vorranggebiete-

ten im Ebersberger und im Hofoldinger Forst. Hintergrund ist, dass der Planungsverband eine "Zersiedelung" bei der Windkraft vermeiden will. Es sollen sich daher Gebiete, in denen mehrere Windräder stehen, mit solchen abwechseln, wo es keine Anlagen gibt. Konkret würde das jedoch bedeuten, dass im Landkreis Ebersberg quasi keine weiteren Windräder mehr gebaut werden dürften und damit alle Planungen der Gemeinden hinfällig wären. "Es kann nicht sein, dass der Planungsverband den Forst zupflastern will und außerhalb haben wir dann keinen Platz mehr", schimpfte deshalb Martin Lechner (CSU).

Auch andere Kreisräte stimmten in diese Kritik mit ein, zumal die Verwaltung am Landratsamt die Bedenken auch nicht wirklich ausräumen konnte. "Ich kann nicht abschätzen, wie ernst das Problem ist", musste die zuständige Sachbearbeiterin Friederike Paster gestehen. Leonhard Spitzauer (CSU) plädierte deshalb dafür, dass der RPV eine klare Rechtslage über eine mögliche Ausschlusswirkung dieses 15-Kilometer-Abstands schaffen müsse. Einen entsprechenden Zusatz nahm das Gremium dann auch in die an den Planungsverband gerichtete Stellungnahme mit auf. Darin drängen die Mitglieder auf Initiative der Grünen-Fraktion ebenfalls darauf, dass auch Flächen außerhalb des Forstes als Vorranggebiete für Windkraft ausgewiesen werden müssen - allerdings immer unter Anerkennung der gemeindlichen Planungshoheit.

Der Trubel, den der RPV-Entwurf nun ausgelöst hat, kommt dem Landkreis Ebersberg jedenfalls ziemlich ungelegen. Denn obwohl erst ein Windrad in der Region tatsächlich gebaut ist, schreiten die Planungen in den Gemeinden gut voran. So soll noch in diesem Jahr eine weitere Anlage zwischen Fürmoosen und Taglaching errichtet werden und auch von den drei bereits genehmigten Windrädern im Höhenkirchener Forst werden zwei dem Landkreis Ebersberg zugerechnet. Insofern dürfte Thomas von Sarnowski (Grüne) mit seinem Fazit über das Steuerungskonzept vielen aus der Seele gesprochen haben: "Was wir als Entwurf vorgelegt bekommen haben, hinkt der Entwicklung hinterher."

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen kostenlos zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter:
www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/1.6560793

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ/wkb/FEJO

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.